

Mit „geschlechter-gerechteren“ Verwaltungsentscheidungen können Städte viel Geld sparen

Deutscher Städtetag für „Gender Mainstreaming“

Berlin, 19. Juni 2002

Verwaltungsentscheidungen müssen „weiblicher“ werden - dann können Städte viel Geld sparen und auch noch die Qualität ihrer Dienstleistungen verbessern. Die Strategie dazu heißt „Gender Mainstreaming“, ein englischer Ausdruck, der sich nur schwer ins Deutsche übersetzen lässt und „geschlechter-gerechteres Verwaltungshandeln“ meint. Genau das will der Deutsche Städtetag nun in seinen Gremien umsetzen. **„Mit ‚Gender Mainstreaming‘ wollen wir einen geschlechter-gerechteren Blickwinkel in die Facharbeit einführen und die Qualität unserer kommunalpolitischen Arbeit erhöhen“**, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, dazu heute in Berlin.

Durch den Einsatz von Gender-Beauftragten, die gleichzeitig Fachleute in einem bestimmten Bereich sind, solle Frauenpolitik und Fachpolitik miteinander verzahnt werden. Die traditionelle Frauenpolitik stehe oft isoliert neben der Fachpolitik, so dass es schwer falle, Fraueninteressen in die einzelnen Politikbereiche zu tragen. Viele Bereiche, die als geschlechtsneutral gelten, seien es bei genauer Prüfung gar nicht.

So würden beispielsweise kommunal geförderte Sportanlagen zu 70 Prozent von Männern genutzt. Der Grund: Die Anlagen sind eher auf Sportarten zugeschnitten, die Jungen bevorzugen, wie beispielsweise Fußball oder Basketball. Mädchen aber würden im allgemeinen lieber turnen, tanzen oder Tennis spielen. **„Würden die Verwaltungen schon bei den Planungen die unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigen, bräuchte man im Nachhinein keine teuren Korrekturen“**, sagte Articus.

Der englische Begriff Gender bezeichnet das soziale Geschlecht, also gesellschaftlich bestimmte Rollen, Rechte und Pflichten von Frauen und Männern. Mainstream (deutsch: Hauptstrom) soll ausdrücken, dass ein bestimmtes Handeln (hier ein geschlechterbewusstes) zum Bestandteil eines normalen Organisationshandelns wird.

Zahlreiche deutsche Städte setzen diese Strategie bereits in ihren Verwaltungen um. Die Kommunen trainieren ihre Führungskräfte auf einen veränderten Blickwinkel und stellen Checklisten auf. Dabei soll „Gender Mainstreaming“ eine ergänzende Methode zur bisherigen Praxis der Frauenförderung und Gleichstellungspolitik sein. Traditionelle Frauenförderung wird weiterhin notwendig sein, solange die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht Realität ist.

Aus: www.staedtetag.de